

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

83/2002

Kiel, 17. Juni 2002

Vorschau auf die 24. Tagung des Landtages: Volles Programm vor der Sommerpause

Kiel (SHL) – Drei vollgepackte Sitzungstage erwarten die Abgeordneten des Landtages, wenn sie ab Mittwoch, 19. Juni, ab 10:00 Uhr ihre letzte Plenarsitzung vor der Sommerpause abhalten. Sechzig Tagesordnungspunkte werden bis Freitag, 21. Juni, um 18:00 Uhr abgearbeitet.

Am **Mittwoch, 19. Juni**, berät der Landtag gut eineinhalb Stunden lang über die Änderungen des **kommunalen Verfassungsrechts** und der Gemeinde- und der Kreisordnung. Grundlage ist die Beschlussempfehlung des Sonderausschusses „Fortschreibung des kommunalen Verfassungsrechts“ (Drs. 15/1908). Der Sonderausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Regierungsfractionen die Annahme eines Gesetzentwurfes unter der Überschrift „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Gesetzentwürfe von CDU (Drs. 15/657 neu) und SSW (Drs. 15/1424 und 1425) lehnte der Sonderausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Nächster Punkt ist der Gesetzentwurf der **Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege** (Drs. 15/1670). Der Innen- und Rechtsausschuss hat hierzu eine Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 15/1939), in der mehrheitlich empfohlen wird, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Das sieht auch der Sozialausschuss mehrheitlich so, während der Eingabenausschuss zwei Änderungen vorgeschlagen hatte.

Am Nachmittag wird dann ein Antrag der CDU debattiert, in dem sie die Landesregierung auffordert, einen **Nachtragshaushalt 2002** vorzulegen (Drs. 15/1902).

Um **Energiepolitik** in Schleswig-Holstein geht es anschließend. Diskutiert werden zwei Anträge der CDU-Fraktion, die sich mit **Repowering von Windenergieanlagen** (Drs. 15/1858) und mit **Stromeinspeisung aus Windenergie** (Drs. 15/1858) befassen. Die CDU fordert unter anderem, bei der Erneuerung von Windkraftanlagen eine Höhenbegrenzung festzuschreiben. Außerdem liegt ein vom Landtag angeforderter Bericht der Landesregierung zu **Energiepolitik und Klimaschutz** (Drs. 15/1838) vor.

In Erster Lesung berät der Landtag dann über das **Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken (FKING)** auf der Grundlage eines Entwurfes der Landesregierung (Drs. 15/1914). Darin wird vorgeschlagen, die Fachkliniken Heiligenhafen und Neustadt zu einer rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Anstalt „psychiatrium GRUPPE“ zusammen zu legen. Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beider Einrichtungen.

Ein weiterer Gesetzentwurf der Landesregierung wird ebenfalls in Erster Lesung beraten. Es geht um die **Umsetzung europarechtlicher Vorschriften in Landesrecht** (Drs. 15/1950). Betroffen sind sechs Landesgesetze, die durch dieses Artikelgesetz geändert und damit europäischen Richtlinien wie zum Beispiel der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie angepasst werden.

Die **Informations- und Kommunikationswirtschaft in Schleswig-Holstein** war Gegenstand einer Großen Anfrage der SPD Fraktion, deren Beantwortung durch die Landesregierung im Landtag debattiert wird (Drs. 15/1935). Demnach geht nahezu ein Drittel des Beschäftigungszuwachses in Schleswig-Holstein zwischen 1998 und 2000 auf die Informations- und Kommunikationswirtschaft zurück. Den derzeitigen Konjunkturunbruch in der sogenannten New Economy bewertet die Landesregierung als vorübergehende Anpassungskrise.

Am **Donnerstag, 20. Juni**, geht es als erstes um mögliche **Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie**. Dazu haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/1946), der unter anderem die Stärkung der Grundschule und die verbesserte Sprachvermittlung für Migrantenkinder vorsieht.

Keine Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittelspezialitäten will die FDP-Fraktion zulassen. In ihrem Antrag zur **Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG)** fordert sie die Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative einzubringen (Drs. 15/1824).

Die **Landesbank Schleswig-Holstein** ist Gegenstand eines danach zu beratenden CDU-Antrages (Drs. 15/1957), in dem die Landesregierung zur aktiven Unterstützung des künftigen Vorstandsvorsitzenden aufgefordert wird. Dabei handelt es sich um den Ende Mai diesen Jahres mit Wirkung zum 1. Januar 2003 gewählten Hans Berger (52).

Nächstes Thema ist die **Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik**. Aufgrund von Anträgen der FDP (Drs. 15/1835) sowie von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1877) wird die Landesregierung aufgefordert, in der November-Tagung über Maßnahmen zu Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Fach Musik zu berichten. Die FDP schlägt zudem vor, dass an der Musikhochschule Lübeck und der Universität Flensburg eine Zusatzausbildung Musik für Lehrkräfte angeboten wird, die bereits im Schuldienst tätig sind.

Die **Elektronische Fußfessel** soll nach dem Willen der CDU-Fraktion im Rahmen eines Modellversuches in einem Landgerichtsbezirk ausprobiert werden (Drs. 15/1888).

Ist der Euro ein Teuro? Dieser Frage widmet sich auch das Landesparlament. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher die Landesregierung gebeten, in der laufenden Tagung mündlich über mögliche Preiserhöhungen durch die Wirtschaft und den Handel abzugeben (Drs. 15/1898). Die CDU fordert zudem eine **Überprüfung der Baugebührenverordnung** (Drs. 15/1930) mit dem Ziel, die mit der Euro-Umstellung überwiegend angehobenen Gebühren wieder zu senken.

Am Nachmittag geht es um das Abgeordnetengesetz des Landes und das Einkommenssteuergesetz auf Bundesebene. Hintergrund ist die geplante **Diätenreform** des Landtages. Grundlage der Debatte sind ein Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, CDU, FDP und der Abgeordneten des SSW, in dem die Entschädigung der Abgeordneten des Landtages neu geordnet werden soll. Demnach sollen die Abgeordneten eine zu versteuernde Grundentschädigung von 5.700 Euro monatlich bekommen. Für zwölf Abgeordnete, die herausgehobene Ämter bekleiden, soll es Zuzahlungen geben. Dieser Gesetzesvorschlag beruht auf dem mehrheitlichen Beschluss einer Diätenarbeitsgruppe aller Fraktionen unter Vorsitz des Landtagspräsidenten (Drs. 15/1953). Die drei Fraktionen und der SSW fordern in einem weiteren Antrag von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Neuordnung der Altersvorsorge und Krankenversicherung für Abgeordnete (Drs. 15/1954). Einen Alternativantrag

hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu vorgelegt. Demnach soll die Arbeitsgruppe „Diäten“ einen neuen Vorschlag erarbeiten, der weniger und geringere Zuzahlungen vorsieht. Zudem soll die Zahl der Landtagssitze auf 75 beschränkt werden, indem die Zahl der Wahlkreise reduziert wird. (Drs. 15/1961).

Danach befasst sich der Landtag mit einem FDP-Antrag zu den **Auswirkungen der steuerlichen Mindereinnahmen auf die Polizei** (Drs. 15/1918). Dazu soll die Landesregierung einen Bericht vorlegen, der unter anderem darüber Auskunft geben soll, wie die Tarifsteigerungen im Bereich der Landespolizei erwirtschaftet werden.

Ein weiterer Antrag der FDP-Fraktion mit der Holzproduktion – es geht um das **Gütesiegel in der Holzwirtschaft** (Drs. 15/1920). Demnach sollen die beiden vorhandenen Gütesiegel im Inland von der Bundesregierung als gleichwertig angesehen werden.

Anschließend stehen die **Werften** im Mittelpunkt der Debatte: Zur **Lage der schleswig-holsteinischen Werften** soll die Landesregierung einem FDP-Antrag folgend berichten (Drs. 15/1921). Die CDU-Fraktion will zudem Aktuelles über die **Situation der Flender-Werft** in Lübeck erfahren (Drs. 15/1923).

Die **Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb auf der Schiene** wollen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verbessert wissen (Drs. 15/1927). Die Deutsche Bahn AG soll demnach unter anderem nur noch in Absprache mit dem Land Schienenstrecken stilllegen können.

Der **Schulsport** ist Gegenstand zweier Anträge, die danach beraten werden: Die CDU-Fraktion fordert unter anderem, dass mindestens drei Wochenstunden Sport in der Schule unterrichtet werden soll. Weitere bewegungsbezogene Angebote wie Pausensport sollen das Angebot ergänzen. Auch die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dem Bewegungsmangel von Kindern und Jugendlichen etwas entgegen setzen: Sie setzen auf die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen. Impulse erhoffen sie sich dabei vom diesjährigen „Jahr des Schulsports“. (Drs. 15/1963)

Am **Freitag, 21. Juni**, startet der Landtag mit der Beratung des **Agar-reports 2002**. Auf Antrag der Regierungsfaktionen soll die Landesregierung mündlich über die Situation der Landwirtschaft berichten (Drs. 15/1925).

Auch zu **Futter- und Lebensmittelkontrollen in Schleswig-Holstein** wird ein mündlicher Bericht der Landesregierung erbeten. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragen dabei insbesondere nach Rückständen wie dem Nitrofen in Lebens- und Futtermitteln (Drs. 15/1926).

Die **Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein** will die CDU-Fraktion erreichen. In ihrem Antrag setzt sie sich dafür ein, der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH eine Anschubfinanzierung von 150.000 Euro zu genehmigen (Drs. 15/1934).

Danach befasst sich der Landtag mit der **Umsetzung der Modulation in der Landwirtschaft**. In dem Bericht der Landesregierung dazu (Drs. 15/1822) wird erläutert, um was es geht: Im Rahmen der Agenda 200 haben die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, die EU-Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft zu modifizieren. Bis zu 20% dürfen die Zahlungen für die Betriebe gekürzt werden, um z.B. Umweltmaßnahmen zu finanzieren. In Deutschland soll die Modulation im kommenden Jahr 2003 eingeführt werden. Die CDU-Fraktion hat zu dem Bericht der Regierung einen Antrag vorgelegt, in dem sie fordert, die anfallenden Verwaltungskosten gering zu halten und nicht der Landwirtschaft damit zu belasten (Drs. 15/1949).

Anschließend geht es um die **Landesnachhaltigkeitsstrategie**, deren konsequente Weiterentwicklung die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern (Drs. 15/1941). Ein Jahr nach Fertigstellung dieser Strategie, die dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung folgt, soll die Landesregierung über die Umsetzung berichten.

Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes soll die Landesregierung nach dem Willen der Regierungsfractionen ergreifen (Drs. 15/1942). Angestrebt werden soll unter anderem die Einführung eines Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzverbände. Einmal in jeder Wahlperiode soll die Landesregierung zudem einen „Tierschutzbericht Schleswig-Holstein“ vorlegen.

Am Nachmittag berät der Landtag über die **Entwicklung der Region Kaliningrad**. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dazu eine Reihe von Forderungen an den Ostseerat und die Ostseeparlamentarierkonferenz vorgelegt (Drs. 15/1943). Die Weiterentwicklung der Partnerschaft des Landes mit Kaliningrad soll ein Schwerpunkt der Ostseepolitik bleiben.

Anschließend werden eine Reihe von Berichten der Landesregierung debattiert: Den Anfang macht der **Verfassungsschutzbericht 2001** (Drs. 1792), gefolgt vom **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten** für das Jahr 2001 (Drs. 15/1800) und dem **Bericht zur Beteiligung von**

Kindern und Jugendlichen (Drs. 15/1817). Dann wird über die **Außenwirtschaftspolitik** des Landes beraten (Drs. 15/1827) und über den ersten Tätigkeitsbericht der **Kinder- und Jugendbeauftragten** der Landesregierung (Drs. 15/1864).

Den Abschluss der letzten Plenartagung vor der Sommerpause bildet ein Berichts Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 1571815): Darin fordert sie die Landesregierung auf, über den bisherigen **Vollzug der Gefahrhundeverordnung** zu berichten, die im Juni 2000 erlassen worden ist.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichtserstatterinnen oder die Berichtserstatter der Ausschüsse:

TOP		Bericht- erstattung
3	Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers (Drs. 15/1938)	5
5	Änderung des Landesversorgungsrücklagengesetzes (Drs. 15/1893)	-
6	Änderung des Hochschulgebührengesetzes (Drs. 15/1905)	-
7	Änderung des Straßen- und Wegegesetzes (Drs. 15/1906)	-
20	Vorschlag über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten (Drs. 15/1917)	-
22	Erfassung und Bewertung von Altlasten (Drs. 15/1919)	-
29	Entwicklung des Halligprogramms (Drs. 15/1928)	-
31	Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt (Drs. 15/1931)	-
32	Schloss Salzau (Drs. 15/1932)	-
38	Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ (Drs. 15/1944)	-
40	Ländliche Dienstleistungszentren und Markttreffs (Drs. 15/1947)	-
41	Umweltzustandsbericht für Schleswig-Holstein (Drs. 15/1948)	-
44	Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz (Drs. 15/1700)	-
49	Versorgung der Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies (Drs. 15/1826)	-
53	Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der 5%-Sperrklausel (Drs. 15/1895)	5
54	Abbau öffentlicher Arbeitsplätze (Drs. 15/1901)	5
56	Bericht der Investitionsbank (Drs. 15/1910)	-
57	Bericht über den Bereitschaftsdienst der Ärztinnen/Ärzte (Drs. 15/1915)	-
58	Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung 1916)	-

59	Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals (Drs. 15/1936)	-
60	Planungen für eine Fehmarnbeltquerung (Drs. 15/1937)	-
63	Auswirkungen der Änderung des Kindertagesstättengesetzes (Drs. 15/1955)	5

Ablauf und Beratungszeiten der 24. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde								90
Zweite Lesungen									
2	Änderung des kommunalen Verfassungsrechts (Sonderausschuss) - mit TOP 53 und 55 am Mittwoch 10:00 Uhr -	5	15	15	15	15	15	15	90
3	Staatsvertrag über die Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
4	Änderung der Verfassung und des Landespflegegesetzes (Volksinitiative)- nach TOP 2 -	5	10	10	10	10	10	10	65
Erste Lesungen									
5	Änderung des Landesversorgungsrücklagengesetzes (Reg.)	- ohne Aussprache -							
6	Änderung des Hochschulgebüh- rengesetzes (Reg.)	- ohne Aussprache -							
7	Änderung des Straßen- und We- gegengesetzes (Reg.)	- ohne Aussprache -							
8	Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
9	Gesetz zur Umsetzung von euro- parechtlichen Vorschriften (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
10	Änderung des Abgeordnetenge- setzes (SPD, CDU, FDP und SSW) - mit TOP 42 am Don- nerstag 15:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	-	50
Große Anfragen									
11	Wettbewerb in der Stromwirt- schaft (CDU)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
12	Informations- und Kommunikati- onswirtschaft (SPD)	-	5	5	5	5	5	5	30
Anträge									
13	Änderung des Umsatzsteuerge- setzes (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
14	Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
15	Repowering von Windenergie- anlagen (CDU) - mit TOP 16 und 51 nach TOP 19 -	-	10	10	10	10	10	10	60
16	Stromeinspeisung aus Wind- energie (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Elektronische Fußfessel (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
18	Preiserhöhungen im Zuge der Euro-Umstellung (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - mit TOP 30 -	-	5	5	5	5	5	5	30
19	Nachtragshaushalt (CDU) - Mittwoch 15:00 Uhr -	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Vorschlag über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Hörfunk (Reg.)	- ohne Aussprache -							
21	Auswirkungen der steuerlichen Mindereinnahmen auf die Polizei (FDP) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	5	30
22	Erfassung und Bewertung von Altlasten (FDP)	- ohne Aussprache -							
23	Gütesiegel in der Holzwirtschaft (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
24	Lage der Werften (FDP) - mit TOP 25 -	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Situation der Flender-Werft (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
26	Agrarreport 2002 (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Freitag 10:00 Uhr -	-	5	5	5	5	5	5	30
27	Futter- und Lebensmittelkontrol- len (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - nach TOP 26 -	-	5	5	5	5	5	5	30
28	Wettbewerb auf der Schiene (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
29	Entwicklung des Halligprogramm (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
30	Überprüfung der Baugebühren- verordnung (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
31	Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt (CDU)	- ohne Aussprache -							

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
32	Schloss Salzau (CDU)	- ohne Aussprache -							
33	Schulsport (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
34	Stärkung des Tourismusstand- ortes (CDU) - nach TOP 27 -	-	5	5	5	5	5	5	30
35	Landesnachhaltigkeitsstrategie erfolgreich weiterentwickeln (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
36	Verbesserung des Tierschutzes (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
37	Entwicklung der Region Kalinin- grad (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
38	Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
39	Konsequenzen aus den Ergeb- nissen der PISA-Studie (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Donnerstag 10:00 Uhr-	-	5	5	5	5	5	5	30
40	Ländliche Dienstleistungszentren und Markttreffs (CDU)	- ohne Aussprache -							
41	Umweltzustandsbericht für Schleswig-Holstein (CDU)	- ohne Aussprache -							
42	Änderung des Einkommensteu- ergesetzes (SPD, CDU, FDP und SSW)	-	-	-	-	-	-	-	-
43	Landesbank Schleswig-Holstein (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
Berichte									
44	Tätigkeitsbericht 2002 des Un- abhängigen Landeszentrum für den Datenschutz	- ohne Aussprache -							
45	Verfassungsschutzbericht 2001 (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
46	Tätigkeitsbericht 2001 der Bür- gerbeauftragten	-	5	5	5	5	5	5	30
47	Bericht zur Beteiligung von Kin- dern und Jugendlichen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
48	Umsetzung der Modulation in der Landwirtschaft (Reg.) - nach TOP 34 -	-	5	5	5	5	5	5	30
49	Versorgung der Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies (Reg.)	- ohne Aussprache -							

Reihenfolge der Beratung der 24. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettaufzeichnung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 19. Juni 2002			
2 u.55	Änderung des kommunalen Verfassungsrechts und Entschließung zur Reform des Gemeinde- und Kreiswahlrechts	95	10:00
4	Änderung der Verfassung und des Landespflegegesetzes	65	11:35
19	Nachtragshaushalt	30	15:00
15, 16 u.51	Energiethema	60	15:30
8	Gesetz zur Neuordnung der Fachkliniken	30	16:30
9	Gesetz zur Umsetzung von europarechtlicher Vorschriften	30	17:00
12	Informations- und Kommunikationswirtschaft	30	17:30
Donnerstag, 20. Juni 2002			
39	Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA- Studie	30	10:00
13	Änderung des Umsatzsteuergesetzes	30	10:30
43	Landesbank Schleswig-Holstein	30	11:00
14	Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik	30	11:30
17	Elektronische Fußfessel	30	12:00
18 u.30	Preiserhöhung im Zuge der Euro-Umstellung und Überprüfung der Baugebührenverordnung	30	12:30
10 u.42	Änderung der Abgeordnetengesetzes und Änderung des Einkommensteuergesetzes	50	15:00
21	Auswirkung der steuerlichen Mindereinnahmen auf die Polizei	30	15:50
23	Gütesiegel in der Holzwirtschaft	30	16:20
24 u.25	Lage der Werften	30	16:50
28	Wettbewerb auf der Schiene	30	17:20
33	Schulsport	30	17:50
Freitag, 21. Juni 2002			
26	Agrarreport 2002	30	10:00
27	Futter- und Lebensmittelkontrollen	30	10:30
34	Stärkung des Tourismusstandortes	30	11:00
48	Umsetzung der Modulation in der Landwirtschaft	30	11:30

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
35	Landesnachhaltigkeitsstrategie	30	12:00
36	Verbesserung des Tierschutzes	30	12:30
37	Entwicklung der Region Kaliningrad	30	15:00
45	Verfassungsschutzbericht	30	15:30
46	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten	30	16:00
47	Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	30	16:30
50	Außenwirtschaftspolitik	30	17:00
52	Kinder und Jugendbeauftragte	30	17:30
64	Bisheriger Vollzug der Gefahrhundeverordnung	30	

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker